



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Diana Stachowitz, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Bayern sozial und klimaneutral: Die Beschäftigten der Autoindustrie brauchen Hilfe bei der Transformation

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass eine sozial ausgewogene Gestaltung des Strukturwandels harte Strukturbrüche vermeidet und dass die Staatsregierung ihre Unterstützungsmaßnahmen stärker auf den Aspekt der Arbeitsplatzentwicklung am Standort Bayern ausrichten muss.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Weiterqualifizierungsstrategie für die Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie zu entwickeln.

Dazu gehört, dass die Regierung

- ein Landesqualifizierungsprogramm für die Automobilwirtschaft aufbaut,
- Transformationsbündnisse und Regionalräte zur betrieblichen Weiterbildung gründet oder stärkt, die aus Unternehmen, Gewerkschaften, Betriebsräten, den Kammern, der Agentur für Arbeit und Forschungsinstituten bestehen und die spezifische Qualifizierungsbedarfe identifizieren und passende Weiterbildungsangebote bereitstellen und
- Fördergelder künftig an Qualifizierungszusagen für alle Beschäftigte knüpft, unabhängig von ihrem Qualifizierungsgrad.

Begründung:

Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer stehen vor tiefgreifenden Veränderungen. Das Ende der Verbrennungsmotoren bis 2035 ist nicht allein aufgrund der jüngsten Vorschläge der EU-Kommission absehbar. Die großen Automobilhersteller und ihre Zulieferer stellen sich bereits auf dieses Zieldatum beim Umstieg auf neue Antriebstechnologien ein, vor allem auf die Elektromobilität. Damit stehen auch Arbeitsplätze in Bayerns Schlüsselindustrie zur Disposition. Im Juni 2020 zählte die Automobilindustrie in Bayern rund 260 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Damit liegt der Anteil der Branche an der Gesamtbeschäftigung in Bayern um 64 Prozent höher als im bundesdeutschen Schnitt.

Die zu erwartenden Beschäftigungseffekte der Umstellung der Automobil- und Zulieferindustrie auf Elektromobilität werden sehr unterschiedlich beurteilt. Fest steht, dass diese Umstellung besondere Anforderungen an die Beschäftigten in Bayern stellen wird. Fachliche Anforderungen und Tätigkeitsprofile werden sich verändern. Die Qualifizierung der Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie muss daher neben der Technologieförderung ein Schlüsselement der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der kommenden zehn Jahre in Bayern werden.

Neben landesweiten Qualifizierungsprogrammen und dem Aufbau regionaler Verbände zur Weiterbildung sollte auch die Pflicht zur Weiterqualifizierung der Beschäftigten künftig als integraler Bestandteil der Wirtschaftsförderung verankert werden. Dabei muss die ganze Belegschaft in den Blick genommen werden, denn Weiterqualifizierungsmaßnahmen sollten nicht nur Angestellten mit einem bereits hohen Qualifizierungsgrad zugutekommen, sondern bewusst auch den geringer Qualifizierten.

Mit dem Zukunftsforum Automobil wurde ein Programm in Höhe von 120 Mio. Euro aufgelegt. Laut der DIW Econ GmbH wurden bis Ende 2020 aber erst knapp 300.000 Euro für eine bayernweite Veranstaltungsreihe zur Transformation verwendet. Demzufolge wären auch die 77 Mio. Euro des Zukunftsforums, die laut Vereinbarung in die Weiterbildung von 50 000 Beschäftigten investiert werden sollten, nicht annähernd eingesetzt worden. Davon abgesehen wurden die meisten Mittel des Programms aus anderen Förderprogrammen zusammengezogen und lediglich 10 Mio. Euro neu bereitgestellt. Die Staatsregierung ist dringend aufgefordert, hier ihre Anstrengungen zu intensivieren. Symbolpolitik wird den Beschäftigten in Bayerns Schlüsselindustrie nicht helfen.